

Bekanntmachung

über die Herstellung von Süßigkeiten.
Vom 30. Dezember 1915.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit Zucker zur Verarbeitung in gewerblichen Betrieben, in denen Süßigkeiten im Sinne der §§ 1 und 3 Abs. 2 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915, sei es allein oder zusammen mit anderen Waren, hergestellt werden, wird einer Zucker-Zuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe übertragen. Diese Zucker-Zuteilungsstelle wird unter Aufsicht des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) von der Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten e. V. in Würzburg verwaltet.

§ 2. Unternehmer gewerblicher Betriebe, in denen Süßigkeiten hergestellt werden (Süßigkeiten-Hersteller), haben der Zucker-Zuteilungsstelle in Würzburg bis spätestens 15. Januar 1916 unter Benutzung der als Anlagen I und II beigefügten Bordrude Erklärungen abzugeben:

1. über die Zuckermengen, die sie in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 verarbeitet haben oder zur Verfügung hatten, und zwar gesondert
 - a) nach der Verarbeitung zu Süßigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 16. Dezember 1915,
 - b) nach der Verarbeitung zu anderen Waren,
 - c) nach den Zuckermengen, die sie nicht verarbeitet oder über die sie in anderer Weise verfügt haben (z. B. im Handel);
2. über die Zuckermengen, über die sie am 1. Januar 1916 in ihrem Gewerbebetriebe verfügten.

Mangels ausreichender Aufzeichnungen über die in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 im Besitze gewesen und verarbeiteten Zuckermengen und über deren Ausdehnung nach den unter Ziffer 1 bezeichneten Verwendungsarten sind Schätzungen zulässig. Gleiches gilt, sofern der Betrieb am 1. Oktober 1914 noch nicht bestanden oder in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis zum 30. September 1915 Unterbrechungen erfahren hat.

§ 3. Die Zucker-Zuteilungsstelle hat die nach § 2 abgegebenen Erklärungen der Süßigkeiten-Hersteller zu prüfen oder durch von ihr beauftragte Sachverständige prüfen zu lassen. Sie ist befugt, beim Fehlen der Erklärungen selbst Schätzungen vorzunehmen.

Die Zucker-Zuteilungsstelle setzt danach die Zuckermengen fest, welche die Süßigkeiten-Hersteller gemäß § 1 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915 im Jahre 1916 zu Süßigkeiten verarbeiten dürfen (Zuckeranteil). Die Zucker-Zuteilungsstelle kann bei nachgewiesenen, unverschuldeten und ausnahmsweisen Betriebsstörungen während der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 eine entsprechende Erhöhung des Zuckeranteils vornehmen. Sie kann die Zuteilung von der Erfüllung bestimmter Vorschriften über die Verwendung abhängig machen. Gegen die Festsetzungen der Zucker-Zuteilungsstelle ist Beschwerde an einen Beschwerdeauschuss zulässig. Der Beschwerdeauschuss besteht aus einem Vorsitzenden, einem Vertreter des Vorsitzenden, zwei Vertretern der Vereinigung Deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten e. V. in Würzburg und je einem Vertreter des Verbandes Deutscher Schokoladenfabrikanten in Dresden und des Verbandes Deutscher Kakaofabrikanten in Berlin. Die näheren Bestimmungen bleiben vorbehalten.

Die Entscheidung des Beschwerdeauschusses ist endgültig.

§ 4. Die Süßigkeiten-Hersteller dürfen vom 1. Januar 1916 ab Zucker für ihre Betriebe, und zwar nicht bloß zur Verarbeitung zu Süßigkeiten, sondern auch zur Verarbeitung zu anderen Waren oder zu anderen Zwecken (Handel), sei es käuflich oder zur Verarbeitung gegen Lohn usw., nur beziehen, wenn sie gleichzeitig den Abgeber der Zuckermengen die von der Zucker-Zuteilungsstelle auf Antrag nach Muster der Anlage III auszufertigenden Bezugsscheine über die jeweils zu übernehmenden Zuckermengen aushändigen.

Abgeber von Zuckermengen dürfen Zucker an Süßigkeiten-Hersteller nur gegen Aushändigung der Bezugsscheine über die abzugebenden Zuckermengen liefern; sie haben den Empfang der Bezugsscheine innerhalb einer Woche nach Uebergabe der Zuckermengen unter Benutzung des vom Zuckerbezugschein abgetrennten Bordruds mittels eingeschriebenen Briefes an die Zucker-Zuteilungsstelle anzuzeigen.

Die Zuckerbezugscheine sind nur für die darin benannten Süßigkeiten-Hersteller zur Benutzung gültig. Die Uebertragungen der Zuckerbezugscheine an andere sind verboten.

Die Abgeber von Zucker haben die von den Süßigkeiten-Herstellern übergebenen Zuckerbezugscheine aufzubewahren und auf Verlangen der Zucker-Zuteilungsstelle oder den nach § 4 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 befugten Beamten

der Polizei und beauftragten Sachverständigen zur Einsicht vorzulegen.

§ 5. Von den am 1. Januar 1916 zum Gewerbebetriebe der Süßigkeiten-Hersteller verfügbaren und von diesem Tage ab dazu übernommenen Zuckermengen dürfen zur Herstellung von Süßigkeiten nur jene Mengen verarbeitet werden, welche dem Zuckeranteil des Süßigkeiten-Herstellers entsprechen.

Ueber den Bezug und die Verwendung von Zuckermengen haben die Süßigkeiten-Hersteller unter Benutzung des als Anlage IV gegebenen Musters Buch zu führen, woraus außer dem Bezuge des Zuckers ersichtlich sein muß,

1. welche Zuckermengen sie in ihren Betrieben vom 1. Januar 1916 an zu Süßigkeiten verarbeitet haben,
2. welche Zuckermengen sie in ihren Betrieben vom 1. Januar 1916 an zu anderen Waren verarbeitet haben;
3. welche Zuckermengen sie nicht verarbeitet oder unverarbeitet an andere abgegeben haben;
4. welche Mengen von Süßigkeiten und anderen Waren sie hergestellt haben.

Die Süßigkeiten-Hersteller haben die Bücher, sowie ihre sonstigen Geschäftsaufzeichnungen auf Verlangen der Zucker-Zuteilungsstelle oder den Beamten der Polizei und beauftragten Sachverständigen zur Einsicht vorzulegen, ferner die im § 4 der Verordnung vom 16. Dezember 1915 bestimmte Auskunft zu geben.

§ 6. Die Ausfertigung der Zucker-Zuteilungsscheine erfolgt nur gegen eine gleichzeitig mit dem Antrag auf Ausfertigung an die Zucker-Zuteilungsstelle zu entrichtende Gebühr von 10 Pf. für jeden zuzuteilenden Doppelcentner Zucker.

Die Gebühr wird zur Deckung der Kosten der Zucker-Zuteilungsstelle nach näherer Weisung des Reichskanzlers verwendet.

§ 7. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 8 Nr. 4 der Bundesratsverordnung vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 30. Dezember 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

Betr.: Herstellung von Süßigkeiten.

Wir bringen die vorstehend abgedruckte Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 30. v. Mts. zur Kenntnis der Bevölkerung mit dem Anfügen, daß die in der Bekanntmachung erwähnten Bordrude in Nr. 1 des Zentralblattes für das Deutsche Reich, Jahrgang 1916, abgedruckt sind; einzusehen in der Registratur des Kreisamts.

Wegen verspäteter Mitteilung der Bekanntmachung kann die Frist in § 2 nicht eingehalten werden; die Abgabe der Erklärung hat deshalb so bald als möglich zu erfolgen. (S. auch Kreisblatt Nr. 113, Bef. vom 16. bzw. 20. Dezember 1915.)

Gießen, den 15. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Fahrpreisermäßigungen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß-Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Auf den im Militärbetriebe befindlichen Eisenbahnen des östlichen Kriegsschauplatzes werden gemäß § 133 der Verkehrs- und Tarifvorschriften vom 1. Januar 1916 zum Besuch kranker oder verwundeter, sowie zur Teilnahme an der Beerdigung verstorbener deutscher Krieger deren Angehörige zum halben Fahrpreise befördert, wenn sie durch Vorlage eines Ausweises nachweisen, daß sie auf den preussischen Staatsbahnen die gleiche Fahrpreisermäßigung erhalten haben. Mit Rücksicht hierauf haben sich der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten und der Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen entschlossen, die in Rede stehende Fahrpreisvergünstigung auf den Strecken der preussisch-österreichischen Staatsbahnen und der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen allgemein auch bis zu den Uebergangsstationen nach Rußland zu gewähren, wenn die zu Besuchenden in russischen Lazaretten liegen oder die Verstorbenen in Rußland beerdigt werden.

Gießen, den 2. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Einsendung der für die Landeswaisenanstalt zu erhebenden Kollekten und Büchsegelder.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Groß-Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, falls noch nicht geschehen, als bald die unter Ihrem und eines Gemeinderatsmitglieds Verschluss stehenden Waisendbüchsen zu öffnen und deren Inhalt bis längstens

31. März I. 38. durch eine Kosten nicht verursachende Angelegenheit an uns abzuliefern.

Gießen, den 3. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die Begezeit der Anseln und Stare.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Begezeit für Anseln und Stare ist auch für das Kalenderjahr 1916 durch Gr. Ministerium des Innern aufgehoben worden. Die Bürgermeistereien wollen die Interessenten hiervon benachrichtigen.

Gießen, den 2. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Militärverhältnisse der ehemaligen Hilfschüler.

An die Schulvorstände des Kreises.

Auf Anregung des Reichskanzlers hat das Großh. Ministerium des Innern, Abteilung für Schulangelegenheiten, angeordnet, daß alljährlich bei der Schulentlassung der Zöglinge der Hilfschulen ein genaues Verzeichnis der entlassenen Anaben unter Beifügung von Abgangszeugnissen, sowie von sonstigen geeigneten Beurteilungen (ärztlichen Zeugnissen usw.) von den Leitern der Schulen an die Gemeindevorstände, die zur Anlegung der Rekrutierungskammern verpflichtet sind, abgegeben werden soll. Der Gemeindevorstand hat diese Verzeichnisse an den Zivilvorstehenden der Ersatzkommission einzufügen. In sinngemäßer Anwendung dieser Verfügung auf solche schwach begabte Kinder, die eigentlich in Hilfschulen gehört hätten, aber nicht in ihnen ausgebildet worden sind, bestimmen wir, daß das oben bezeichnete Verfahren auch auf diese Kinder Anwendung finden soll. Bei ihrer Entlassung ist demgemäß eine genaue Würdigung dieser Schüler in physischer, intellektueller und moralischer Hinsicht aufzustellen, mit ärztlichen Zeugnissen und sonstigen geeigneten Gutachten zu vervollständigen und an die zuständige Gemeindebehörde zur Weiterbeförderung abzugeben.

Gießen, den 5. Februar 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Usinger.

Betr.: Die zur Entlassung kommenden Schüler, die ein Handwerk erlernen wollen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen steht nach den jetzt geltenden Bestimmungen nicht mehr allen Handwerkern zu. Jeder Handwerker, der künftig Bechrlinge anleiten will, muß sich im Besitze eines schriftlichen Ausweises befinden. Als solche gelten bei abgelegter Meisterprüfung die ausgestellten Meisterbriefe, in allen anderen Fällen die von der Verwaltungsbehörde ausgestellten Bescheinigungen über die Befugnis zum Anleiten von Bechrlingen.

Wir ersuchen Sie deshalb, die zur Entlassung kommenden Schüler die ein Handwerk erlernen wollen, und deren Eltern durch die Lehrer darauf aufmerksam machen zu lassen, daß sie sich vor Eingebung eines Lehrverhältnisses erst darüber vergewissern, ob der in Aussicht genommene Lehrmeister auch tatsächlich die Befugnis zum Anleiten von Bechrlingen besitzt. Auch ersuchen wir Sie, in allen anderen Fällen, daß die Auslichten im Handwerk gegenwärtig wieder günstiger sind.

Gießen, den 3. Februar 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Langermann.

An die Schulvorstände des Kreises.

Nachfolgende Verfügung der obersten Schulbehörde wird Ihnen zur Kenntnisnahme und Nachachtung gebracht.

Gießen, den 2. Februar 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

J. B.: Langermann.

Großherzogliches Ministerium des Innern

Abteilung für Schulangelegenheiten.

Zu Nr. M. d. I. 867.

Darmstadt, den 18. Januar 1916.

Betr.: Pflanze vaterländischer Gesinnung in den Schulen.
Um dem unaussprechlichen Dank, welchen wir den fürs Vaterland gefallenen Helden schulden, einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen und ihnen auch in den Schulen ein kleines Denkmal zu weihen, ist angeregt worden:

1. Bilder der gefallenen Lehrer — Vergrößerungen nach Photographien — in deren Klassen,
2. Bilder der gefallenen Schüler und Photographien in Sammelrahmen — oder wenigstens Tafeln mit den Namen der Gefallenen in den Klassenzimmern aufzuhängen.

Wir zweifeln nicht, daß Maßnahmen zur Durchführung dieser Idee schon in vielen Schulen des Landes getroffen worden sind, wünschen aber, daß es überall gelinge und empfehlen deshalb den unterstellten Behörden, dahin zu wirken.

Die entstehenden Kosten werden zweifellos für die Volksschulen

gern von den Gemeinden übernommen und können für die höheren Schulen aus den laufenden Mitteln bestritten werden.

J. B.: Rodnagel.

Salomon.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Kartoffelhöchstpreise.

Die vielfach verbreitete Annahme, daß eine Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise eingetreten ist, ist unrichtig. Die Kartoffelhöchstpreise bleiben im Kommunalverbandsgebiet in der Höhe bestehen, wie sie (mit 6,10 M. für das Malter) festgesetzt sind; auch ist an den Anordnungen des Kartoffelausfuhrverbots nichts geändert.

Nach der Bundesratsverordnung vom 27. Januar 1916 sind nur die Seeresverwaltungen und die Marineverwaltung, die Reichskartoffelstelle und die von dieser ermächtigten Stellen und Personen an die Höchstpreise nicht gebunden; sie unterliegen jedoch bei dem An- und Verkaufen den Befehlen des Reichskanzlers.

Nach den Anordnungen der Reichskartoffelstelle können Zuschläge zu den Höchstpreisen gewährt werden, wenn noch unverfügbare Bedarfsverbände auf Grund von Bezugsscheinen und von besonders erteilten Ausweiskarten bei den Ueberschußverbänden Kartoffeln auslaufen. Da der Kommunalverband Gießen kein Ueberschußverband ist, kommen in seinem Bezirke Zuschläge nicht in Betracht.

Gießen, den 5. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Auf vorstehende Bekanntmachung, die alsbald ortsüblich zu veröffentlichen ist, weisen wir Sie besonders hin mit dem Anfügen, daß die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Bezirk des Kommunalverbands bis auf weiteres nach wie vor nicht gestattet ist. Ausnahmen sind nur mit besonderer schriftlicher Genehmigung des Kreisamts zulässig.

Gießen, den 5. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Zell, Billertshausen und Dedenbach (Kreis Alsfeld).

In Zell, Billertshausen und Dedenbach ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gießen, den 4. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Maul- und Klauenseuche im Kreise Wehlar.

In den Gemeinden Baunsbach und Krosdorf ist die Maul- und Klauenseuche erneut ausgebrochen.

Gießen, den 4. Februar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Dienstnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Dem Komitee zum Ausbau der Weste Koburg zu Koburg ist die Ausgabe einer VI. Geldlotterie (Ziehung Mai 1916) von 363 636 Losen à 3,30 Mark und der Vertrieb von 5000 Losen im Großherzogtum gestattet worden. Zum Vertrieb in Hessen dürfen nur mit dem hessischen Zulassungstempel versehene Lose gelangen.

Während der Zeit des Vertriebs der Lose zur ersten Klasse einer Preussisch-Süddeutschen Lotterie ist Ankündigung, Ausgabe und Vertrieb der Lose in Hessen nicht gestattet.

Bekanntmachung.

Betr.: Wasserversorgung der Gemeinde Allertshausen.

Nachstehende Ortsatzung über den Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk der Gemeinde Allertshausen bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 29. Januar 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Ortsatzung

über den Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk der Gemeinde Allertshausen.

Auf Grund des Artikel 15 der Landgemeindeordnung wird zufolge Beschlusses der Gemeindevertretung nach gutachtlicher Meinung des Bürgermeisters und des Kreisamtschusses mit Genehmigung Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 21. Januar 1916 zu Nr. M. d. I. III. 64 das Nachstehende angeordnet.

§ 1.

Berechtigung zum Wasserbezug für den Hausgebrauch.

Der Bezug von Wasser aus dem Wasserwerk der Gemeinde Allertshausen kann, sofern die Lage und Beschaffenheit des betr. Hauses dies möglich machen, einem jeden Hausbesitzer in Allertshausen gestattet werden, der sich den in dieser Satzung enthaltenen

Bestimmungen unterwirft und den von der Gemeinde geforderten Wasserzins entrichtet.

Für vereinzelt und entfernt liegende Gebäude an Straßen und Wegen, in denen noch keine Leitungen liegen, behält sich die Gemeinde besondere Vereinbarungen mit den Besitzern vor.

§ 2.

Unterbrechung der Wasserlieferung.

Eintretende Unterbrechungen der Wasserlieferung berechtigen den Abnehmer ebenso wenig auf Ansprüchen an die Gemeinde, als die Behauptung, daß das Wasser nicht in genügender Menge oder Beschaffenheit, oder nicht bis in die gewünschte Höhe geliefert werde.

§ 3.

Beschränkung des Bezugs.

Wenn das Wasser zeitweise knapp wird oder dies zu befürchten steht, ist die Gemeinde berechtigt, den Höchstverbrauch für jedes versorgte Grundstück festzusetzen und darüber zu wachen, daß diese Festsetzungen befolgt werden. Auch kann sie die Leitung zu gewissen Tages- oder Nachtzeiten absperren und den Bezug nur für gewisse Tageszeiten freigegeben.

§ 4.

Berechtigung zum Wasserbezug für Gartenbewässerung und Luruszwecke und Beschränkung des Bezugs.

Für Grundstücke an Wegen, in denen keine Leitungen liegen, bleibt besondere Vereinbarung vorbehalten.

Wenn das Wasser zeitweise knapp wird oder dies zu befürchten steht, ist die Gemeinde berechtigt, das Gartenbewässern und den Verbrauch für Luruszwecke so oft und so lange zu verbieten und die Leitungen abzuschließen, bis wieder genügendes Wasser vorhanden ist.

§ 5.

Wasserbezug zu gewerblichen Zwecken.

Sodern nicht besondere Abmachungen oder Verträge über dauernde Abgabe von bestimmten Wassermengen für gewerbliche und sonstige Zwecke vorliegen, ist die Gemeinde berechtigt, in Zeiten von Unterbrechungen der Wasserlieferung oder von Wassermangel den Bezug zu gewerblichen Zwecken so lange einzuschränken oder zu verbieten, bis wieder genügende Wassermengen zur Verfügung stehen.

§ 6.

Anmeldung.

Wer aus der Gemeindevorwasserleitung Wasser beziehen will, hat dies auf dem Geschäftszimmer der Großherzoglichen Bürgermeisterei durch Unterzeichnen des Anmeldebogens oder der genehmigten Sagung für den Bezug von Wasser und der Bestimmungen über die Anlage der Hauseinrichtungen anzuzeigen.

Durch Unterzeichnen des Anmeldebogens oder der Sagung unterwirft sich der Abnehmer allen Bestimmungen, die in dieser Beziehung von den zuständigen Stellen demnächst etwa erlassen werden sollten. Er verpflichtet sich zugleich, abgesehen von dem Fall in § 7, zum Wasserbezug für sein Eigentum auf die Dauer eines Jahres, von dem Zeitpunkt der Verbindung der Privatleitung mit dem Hauptrohr oder der Inbetriebnahme des Wasserwerks an. Wird 3 Monate vor Ablauf des Jahres von keiner Seite gekündigt, so läuft das Uebereinkommen stillschweigend weiter und kann nur unter Beobachtung einer am 1. Januar, 1. April, 1. Juli, 1. Oktober stattfindenden dreimonatlichen Kündigung aufgelöst werden.

Wenn der Besitzer sein Haus oder Grundstück während der Dauer des Uebereinkommens ohne Einhalten der vorerwähnten Kündigung veräußert, so bleibt er so lange selbst haftbar, als der neue Erwerber nicht in rechtsverbindlicher Weise in die Verpflichtungen der Gemeinde gegenüber eingetreten ist.

§ 7.

Zuleitung.

Die Zuleitung vom Hauptrohr bis zu den Liegenschaften wird durch die Gemeinde auf Kosten des Antragstellers ausgeführt; die Zuleitung nebst Wassermesser und Hauptbahn bleiben jedoch Eigentum der Gemeinde. Diese unterhält die Zuleitung usw., soweit sie auf gemeinheitlichem Gelände liegt, auf ihre Kosten, während die Anlage und Unterhaltung der auf Privatbesitz gelegenen Teile der Zuleitung dem Besitzer obliegen. Die Gemeinde ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Zuleitung innerhalb der Privatgrundstücke bis zum Hauptabsperrenteil durch ihre Organe herstellen zu lassen und die Kosten von dem Grundbesitzer einzuziehen. In allen Fällen ist sie berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Zuleitung innerhalb der Privatgrundstücke auf 15 Atmosphären Wasserdruck prüfen zu lassen, hierzu hat der Grundbesitzer die nötige Hilfe und die Presspumpe zu stellen oder durch seinen Installateur stellen zu lassen. Die Gemeinde übernimmt durch diese Prüfungen keine Gewähr für die dauernde Dichtigkeit. Bei Bruch von Zuleitungen ist dem Rohrmeister oder der Bürgermeisterei unverzüglich Anzeige zu machen, damit die Straßenzuleitung abgesperrt werden kann.

§ 8.

Lage und Material der Zuleitungen.

Wenn bei der Anmeldung zum Anschluß an die Wasserleitung für die Hausleitung nicht besondere Vorschriften gegeben werden, sind die folgenden anzuwenden.

Alle Teile der Leitung, die außerhalb der Gebäude in der Erde

liegen, müssen mit der Oberkante mindestens 1,50 Meter tief liegen. Das Verlegen von Röhren durch Damp- oder Abtrittsgruben ist auf das strengste untersagt. Als Material werden in erster Linie gußeiserne Ruffentröhren von 25 Millimeter an aufwärts empfohlen, doch werden auch schmiedeeiserne sogen. galvanisierte Röhren sowie Stahlröhren zugelassen. Weiröhren werden ausgeschlossen.

Gußeisenröhren müssen folgende gleichmäßige Wandstärken und Mindestgewichte (einschließlich Ruffe) auf eine Länge von einem Meter haben:

bei 25 mm Lichtweite	7,5 kg und 7 1/2 mm Wandstärke,
" 30 "	8,3 " " 8 " "
" 40 "	10,1 " " 8 " "
" 50 "	12,1 " " 8 " "
" 60 "	15,2 " " 8 1/2 " "
" 80 "	19,9 " " 9 " "
" 100 "	24,4 " " 9 " "

Schmiedeeiserne Röhren müssen mindestens folgende Gewichte und Wandstärken haben:

bei 10 mm Lichtweite	0,8 kg und 2,4 mm Wandstärke,
" 13 "	1,25 " " 2,7 " "
" 20 "	1,8 " " 3 " "
" 25 "	2,5 " " 3,4 " "
" 32 "	3,6 " " 3,5 " "
" 38 "	4,5 " " 3,7 " "
" 45 "	5,3 " " 4 " "
" 50 "	5,7 " " 4,5 " "

Vorstehende Zahlen und Gewichte gelten für einen Betriebsdruck bis zu 10 Atmosphären. Wo dieser höher ist, müssen entsprechend stärkere Röhren genommen werden.

§ 9.

Gebäudeleitungen.

Die ganze Anlage soll so eingerichtet sein, daß sie gegen die Einwirkung des Frostes möglichst gesichert ist. Die Leitung ist deshalb zunächst durch frostfreie Räume (Keller, Kichen) zu führen. Wo dies nicht angängig ist, sind die Leitungen mit schlechten Wärmeleitern zu umhüllen. Die Leitung durch Schornsteine zu führen, ist untersagt.

Zur Wasserentnahme sollen ausschließlich Niederschraubhähne verwendet werden. Die im Handel unter dem Namen „schweres Modell“ bezeichneten Ventile werden zur Vermeidung empfohlen. Auch können letztere vorgeschrieben werden. Im Keller des Hauses soll möglichst nahe dem Austritte des Rohres durch das Fundament ein Durchgangsventilbahn angebracht sein. Außerdem muß jede Gebäudeleitung einen Entleerungshahn erhalten, durch den bei Frost die ganze Hausleitung entleert werden kann. Der Entleerungshahn muß sich in der Nähe und in demselben Raum wie der Durchgangsventilbahn befinden. Wo Wassermesser vorgeschrieben sind, darf zwischen diesem und dem Durchgangsventilbahn kein Zapf- oder Entleerungshahn angebracht sein. Der letztere muß sich vielmehr hinter dem Wassermesser befinden. Empfohlen wird auch, wo keine Wassermesser vorgeschrieben sind, ein sogen. Rohrstück für einen Wassermesser mit beiderseits Flanschen (nach den Normen des Vereins der deutschen Gas- und Wasserfachmänner) einzubauen. Der Einbau dieser Rohrstücke kann auch vorgeschrieben werden.

Abzweigleitungen in Waschküchen, Hofräumen und zu Springbrunnen müssen besondere und, wenn keine passenden Räume vorhanden sind, in Schächten angebrachte Absper- und Entleerungsvorrichtungen, nötigenfalls auch Wassermesser erhalten.

Eine direkte Verbindung des Rohrennetzes mit Dampfesseln und Abarten mit Wasserbädern ist untersagt. Letztere dürfen nur vermittelt Stützbehälter an die Leitung angeschlossen werden.

Wo die Häuser nicht unterkellert oder keine Räume vorhanden sind, um Durchgangsventilbahn, Entleerungsventil, sowie auch Wassermesser unterzubringen, müssen hierzu besondere für das Einleiten und Ableiten genügend geräumige, vollständig entwässerte und solid abgedeckte Schächte angelegt werden.

Der Hauptbahn sowie der etwa einzubauende Wassermesser und die Zuleitung zu diesem müssen vor jeder Beschädigung geschützt und so aufgestellt sein, daß den Beauftragten der Gemeinde jederzeit der Zutritt und die Einsicht möglich ist.

Jede Hauseinrichtung kann, bevor sie dem Gebrauch überwiesen wird oder bevor die Gemeindevorwaltung den Gebrauch gestattet, durch die Gemeinde einer Besichtigung und einer Probedruckprüfung unterworfen werden. Die Prüfung hat auf das Doppelte des natürlichen Druckes, jedoch in der Regel nicht über 15 Atmosphären zu erfolgen. Alle zu der Probedruckprüfung nötigen Geräte und Hilfskräfte sind von dem Unternehmer, der die Hauseinrichtung gefertigt hat, bereit zu halten. Diese Prüfung geschieht während der Bauzeit auf Kosten der Gemeinde durch die Bauleitung. Bei einer nachträglichen Prüfung fallen die entstehenden Kosten dem Hauseigentümer zu Last.

Alle sich hierbei ergebenden Mängel und Anstände sind auf Anordnung der Gemeinde zu verbessern, ehe ein Wasserbezug stattfinden kann.

Durch die Beaufsichtigung und Prüfung der Anlage übernimmt die Gemeinde keine Verpflichtung oder Gewähr für deren Güte und dauernde Haltbarkeit. In dieser Beziehung ist vielmehr der Hausbesitzer haftbar.

§ 10. Benutzung und Unterhaltung der Gebäuleitungen.

Jeder Mangel an der Leitung, wie Undichtigkeit, Schweißen oder Tropfen der Leitung oder von Zapfhähnen ist alsbald durch den Hausbesitzer abstellen zu lassen.

Verboten ist die Abgabe von Wasser an Dritte, sei es gegen Entgelt oder unentgeltlich, ferner jede Verschwendung des Wassers, sowie dessen nutzloses Lauflassen, endlich jede Handlung, durch die der Gang des Wassermessers beeinträchtigt werden kann.

Tritt stärkerer Frost ein, so sind, soweit die Aborte mit Wasserleitung versehen sind, tagsüber die Fenster dieser Räume geschlossen zu halten, während der Nacht sind die Hausleitungen zu entleeren. Gartenleitungen sind vor Eintritt des Winters zu entleeren und während des Winters leer zu halten.

§ 11.

Feuerhähne.

Hydranten (Feuerhähne) dürfen nur bei Feuergefahr und zu Übungen, nicht aber zu anderen Zwecken benutzt werden. Die Gemeindeverwaltung ist berechtigt, sie mit Plomben zu versehen, die nur bei Feuergefahr oder zu Übungen gelöst werden dürfen. Jeder Gebrauch der Feuerhähne ist binnen 24 Stunden der Gemeindeverwaltung anzuzeigen.

Beim Ausbruch eines Brandes sind in den Privatleitungen, mit Ausnahme der zum Speisen der Dampfessel bestimmten, alle Hähne zu schließen, sofern solche nicht zur Bewältigung des Brandes selbst benutzt werden.

Jeder Abnehmer ist verpflichtet, während des Brandes seine Leitung zur Verfügung der Räumlichkeit zu stellen. Den Betrag für die Wasserentnahme, bei Abgabe nach Wassermessern, trägt die Gemeinde.

§ 12.

I. Berechnung. Wassersins.

Der Wassersins wird alljährlich durch eine vom Gemeinderat eingesetzte Kommission festgelegt. Es werden berechnet:

1. Für jede Abzweigung von der Gemeindewasserleitung eine Grundtage von . . . 5-20 Mk.
Hierzu kommen:
2. Für jede in gleichem Haus wohnende Familie, wenn angeschlossen, Zuschlag . . . 3-10 "
3. Für jeden Mieter im gleichen Haus, wenn nicht angeschlossen, Zuschlag von: . . . 0-3 "
4. Für Gewerbetreibende, Zuschlag von . . . 1-100 "
5. Für Wirtschaften, Zuschlag von . . . 3-10 "
6. Für Bäder, Zuschlag von . . . 2-5 "
7. Für Metzgereien, Zuschlag von . . . 5-20 "
8. Für Schmiede und Schlosser, Zuschlag von . . . 1-50 "
9. Für jede Person über 1 Jahr alt, Zuschlag von . . . 0,50-2,00 "
10. Für jedes Stück Großvieh, Zuschlag . . . 1-3 "
11. Desgl. für jedes Stück Kleinvieh, Zuschlag . . . 0,50-1 "
12. Für 1 Abort mit Wasserspülung, Zuschlag . . . 2-5 "
13. Desgl. für jedes weitere Stück, Zuschlag . . . 1-3 "
14. Für jeden Bstraum mit Wasserspülung pro Stund, Zuschlag . . . 2-5 "
15. Für jedes Wannenbad, einschl. Brause, Zuschlag . . . 2-5 "
16. Für jedes Brausebad, Zuschlag . . . 1-3 "
17. Für öffentliche Badeanstalten, Zuschlag . . . 10-100 "
18. Für Gartenanlagen, wenn das Wasser durch Rannen vom Wasserstein entnommen wird, Zuschlag . . . 1-5 "
19. Für Gartenanlagen, wenn Zapfstellen im Hof benutzt werden, oder Wasser mit Schlauch oder Rohr dahin geleitet wird, Zuschlag . . . 2-10 "
20. Für Gartenanlagen, wenn Gartenleitung benutzt wird, Zuschlag . . . 10-50 "
21. Für Bauzwecke, Zuschlag . . . 5-20 "
22. Für Springbrunnen, Zuschlag . . . 10-50 "
23. Für Lieferung des Wassers zum Feuerlöschen und zu den Übungen der Feuerwehr zahlt die Gemeinde jährlich . . . 800-1500 "

II. Erhebung.

Ueber den Verbrauch wird den Abnehmern eine Rechnung zugestellt. Deren Betrag ist nebst den Kosten etwaiger Unterhaltungsarbeiten, soweit solche den Abnehmern zur Last fallen, bei Vorzeigen der Rechnungen zu entrichten. Wird diese Zahlung nicht sofort oder binnen 8 Tagen an die Gemeinde entrichtet, so wird sie nach den Bestimmungen über Einbringung der Gemeindeforderungen beigeschrieben. Verzögert sich die Zahlung länger als 1/4 Jahr, so ist der Gemeinderat berechtigt, die Leitung auf der Straße oder im Hause abzusperrn und zu plombieren, wobei die Plombe von den Hauseigentümern nicht verlegt werden darf. Auch kann die Gemeinde die Leitung abtrennen lassen; die Kosten hat der Hauseigentümer zu tragen.

§ 13.

Vorkehrungen bei Wassermangel.

Wenn Wassermangel eingetreten ist oder zu befürchten steht,

ist die Gemeinde berechtigt, alle Zweigleitungen, die nicht dem gewöhnlichen Verbrauch dienen, zu schließen und zu plombieren oder deren Geschlossenhalten zu verlangen. Solchen Anordnungen muß unbedingt Folge geleistet und es dürfen die Plomben nicht verlegt werden.

§ 14.

Pflicht der Gemeinde zu Vorkehrungen wegen Reinhaltens des Wassers und der Leitung.

Die Gemeindeverwaltung ist den Wasserbezugsberechtigten gegenüber verpflichtet, alles zu tun, was zum Reinhaltens des Wassers und der Leitung dient oder zweckmäßig erscheint, sowie darüber zu wachen, daß alle Handlungen, die geeignet sind, die Reinheit des Wassers zu beeinträchtigen, unterlassen werden. Insbesondere ist sie verpflichtet, darüber zu wachen und dafür zu sorgen, daß die Sand- und Schlammfänge, Quellsammern, Brunnenkammern, Sammelkammern, Hochbehälter und Braumen, die Einsteigräume dazu, sowie das ganze Rohrnetz regelmäßig in angemessenen Zeiträumen gereinigt und gespült werden.

Sie hat auch streng darauf zu achten, daß der Rohrmeister die Einsteigräume nur in tadellos sauberem Anzug betritt und bei denjenigen Einsteigöffnungen, die über wassergefüllten Räumen liegen, vor dem Einsteigen den Schmutz von seinen Stiefeln entfernt und wenn möglich sorgfältig mit Wasser abspült.

§ 15.

Pflicht der Gemeinde zu Vorkehrungen für Frischhaltung des Leitungswassers.

Die Gemeinde ist den Wasserbezugsberechtigten gegenüber verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, die geeignet sind, das Wasser möglichst frisch zu erhalten und den Inhalt des Rohrnetzes und des Behälters möglichst häufig zu erneuern. Sie hat deshalb, sobald und so lange Wasser zu diesem Zwecke verfügbar ist, den Rohrnetzeinhalt dadurch möglichst zu erneuern, daß der größere Teil überflüssigen Wassers nicht an den Quellen oder am Behälter, sondern an den Enden des Rohrnetzes oder an anderen passenden Punkten zum ständigen Ausfluß gebracht wird. Ausgenommen hiervon sind solche Anlagen, bei denen der Ueberlauf der Quellen vertragmäßig oder aus Billigkeitsrücksichten anderen Nutznießern überlassen werden muß. Hier muß sich die Gemeinde auf das notwendige Maß der Wassererneuerung beschränken. Insbesondere hat die Gemeindeverwaltung dafür zu sorgen, daß die Erneuerung des Inhalts der Endstränge des Rohrnetzes (sogen. Sachstränge), die häufig nicht im genügenden Maße durch den Verbrauch bewirkt werden kann (namentlich nicht bei Abgabe nach Wassermessern) durch ständiges oder periodisches Lauflassen bestimmter Wassermengen herbeigeführt wird. Sind zu diesem Zweck keine öffentlichen Einrichtungen vorhanden, so hat die Gemeinde einzeln, in der Regel den an den Leitungsenden angeschlossenen Hausbesitzern aufzugeben, ihre Zapfstellen zu diesem Zwecke auf bestimmte Zeiten oder beständig ganz oder teilweise zu öffnen.

§ 16.

Pflichten einzelner Wasserabnehmer.

Die von der Gemeinde dazu bestimmten Wasserabnehmer (in der Regel die an den Leitungsenden angeschlossenen) sind verpflichtet, den ihnen von der Gemeinde im Interesse der Frischhaltung des Wassers und Wassererneuerung gemachten Vorschriften genau nachzukommen.

§ 17.

Zu widerhandlungen.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen ist die Gemeindeverwaltung berechtigt, eine Vertragsstrafe von 2 bis 20 Mark, deren Höhe in jedem einzelnen Fall festgesetzt und die zur Gemeinde- oder Wasserwerkstoffe zu entrichten ist, zu verhängen. Diese Vertragsstrafe wird wie die Gemeindeforderungen beigetrieben.

§ 18.

Zutritt zu den Leitungen.

Die Vertreter oder Beauftragte der Gemeinde haben das Recht des jederzeitigen Zuganges zu sämtlichen Räumen, in denen die Wasserleitung verlegt ist.

§ 19.

Beschwerde.

Beim Widerspruch der Beteiligten gegen Anordnungen der Vollzugsorgane beschließt der Gemeinderat. Dessen Beschlüsse können innerhalb einer Frist von 4 Wochen mit Klage im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden.

§ 20.

Für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlage wird ein Wasserwärter, der für den Fall seiner Verhinderung einen Stellvertreter zu bestimmen hat, angestellt. Beide unterstehen der Disziplinarverwaltung des Kreisamts. Ihre Rechte und Pflichten werden durch die Dienstvorschriften näher bestimmt.

§ 21.

Vorstehende Ortsstatut tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Kreisblatt in Kraft.

Allertshausen, den 28. Januar 1916.

Großherzogliche Bürgermeisterei Allertshausen.

Hilgärtner.